

Sandro Bassola
Russenweg 19
8008 Zürich

KR-Nr. 264/1994

An das Büro
des Kantonsrates
8090 Zürich

Einzelinitiative **"Liberalisierung im Unterhaltungssektor"**

Es wird hiermit vom Unterzeichneten gemäss dem Gesetz über das Vorschlagsrecht des Volkes, gestützt auf §§ 1, 2, 3 und 19, eine Einzelinitiative folgenden Inhalts eingereicht:

Antrag

Mit der vorliegenden Einzelinitiative verlange ich die Schaffung neuer Artikel und die Anpassung aller betroffenen Gesetze und Verordnungen, damit folgendes erreicht und realisiert werden kann.

Diese Initiative soll, basierend auf Art. 1 des Gesetzes über das Vorschlagswesen des Volkes und Art. 93 BV, via Korrespondenz durch den Kanton Zürich den Behörden in Bern im Sinne eines Vorschlages vorgetragen werden (Standesinitiative).

1. Es werden die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, damit im breiten Unterhaltungssektor die Betriebs- und Öffnungszeiten merklich liberalisiert werden können. Es soll für Betriebe im Unterhaltungssektor, ungeachtet von religiösen Feiertagen, möglich sein, an jedem Tag der Woche offen zu haben. Dies soll für die breite Unterhaltung gültig sein. Als breite Unterhaltung soll zählen: Tanzlokale aller Art, Sportanlässe aller Art, Kino, Theater, Opern, Konzerte, Museen, Spielsalons, Spielkasinos, Restaurants und Bars, Tierparks und Zoos, Varietés, Spezialanlässe usw.
2. Es werden die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, damit die durch die Religion aufoktroierten Öffnungszeiten keinen Einfluss auf die Öffnungszeitenregelungen im Freizeitbereich - auch an Feiertagen - mehr haben. Die gesetzlichen Grundlagen für die Arbeitszeiten sollen hingegen durch die neuen Regelungen nicht betroffen werden. Die religiösen Feiertage sollen mehrheitlich nach wie vor arbeitsfrei bleiben.
3. Die Position der Kirche hinsichtlich Gesetzgebung wird grundsätzlich überdacht. Es wird gesetzlich festgelegt, dass die Glaubensfrage eine Privatsache ist. Obwohl sie grosse Teile der Bevölkerung betrifft, darf sie in der modernen Gesetzgebung keinen derart grossen Einfluss mehr haben.
4. Die zuständigen Behörden streben allenfalls nötig werdende Gesetzesänderungen, die nicht kantonal geändert werden können, mittels Standesinitiative an.

Zur Begründung

Es ist bekannt, dass wir nicht mehr im Mittelalter leben. Die Stellung der Kirche hat sich grundlegend geändert. Hatte damals die Kirche eine Stellung, die mit der eines Königs durchaus verglichen werden kann, was ihren Einfluss betrifft, ist dies eindeutig heute nicht mehr der Fall.

Der Glaube ist in einer multikulturellen, modernen Gesellschaft eine Privatsache geworden, die eigentlich auf Staatsebene nur noch untergeordnete Funktionen übernehmen kann. Die Kirche ist weder in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen, noch tritt sie tatkräftig

für eine liberalere Weltordnung ein. Die Kirche tritt immer nur dann für eine liberalere Weltordnung und Toleranz ein, wenn sie sich etwas davon verspricht. Die Kirche selbst ist aber da - mindestens ihren Anhängern gegenüber - intolerant, wo es um eine moderne und realistische und unbeschönigte Weltanschauung mit internationaler Optik geht. Die Kirche wehrt sich mit Händen und Füßen gegen alle zeitgemässen Strömungen. Sie versucht mit letzter Verzweiflung, die wenigen traditionell übriggebliebenen Machtstrukturen aus den letzten Jahrhunderten zu retten. Der (von der Kirche bevormundete) Bürger gehört in die Kirche und nicht ins Theater. Als ob sich Kirchenbesuche und Theaterbesuche an einem Tag ausschliessen würden!

Die Zeiten haben sich gewandelt - wir alle wissen es. Die Arbeitswelt ist härter geworden, das Klima in den nun vermehrt weltumspannenden Wirtschaftsbeziehungen und der globalen Konkurrenz frostiger. Leistung rückt aufgrund der internationalen Konkurrenz und auch infolge des rascheren Fortschritts immer mehr in den Vordergrund und wird mindestens materiell zu einer Existenzfrage. Es ist nur eine logische Erscheinung, dass der einzelne Bürger, der in dieser komplexen Welt mit ihren vielen Dimensionen und Aspekten, mit ihren Nöten und Problemen und ihren Hoffnungen und Ängsten leben muss, der Freizeit und ihrer Gestaltung immer mehr Gewicht zuschreibt. Freizeit gewinnt immer mehr an Gewicht. Dies ist keine graue Theorie oder eine Annahme. Sieht man die stetig steigenden Umsatzzahlen im Freizeitbereich an oder betrachtet man die Leute, stellt man dies eindeutig und ohne Wenn und Aber fest.

Dass diese Entwicklung die Kirche stört, ist klar. Die Einteilung der Zeit, die jeder Bürger zur Verfügung hat, ändert sich, was den Tagesablauf betrifft, auch. Während man früher mehr arbeitete und mehr in die Kirche ging, ist dem heute nicht mehr so. Man arbeitet weniger, aber die Intensität dürfte - wenn auch auf eine andere Art - die gleiche sein. Stresssituationen sind beinahe ein Dauerzustand.

Trotz diesem veränderten Tagesablauf und den sich dauernd verändernden Präferenzen und Bedürfnissen, sträuben sich viele Politiker und die Kirche gegen moderne Tendenzen und Zustände. "Es war schon immer so" oder "man kann doch nicht...", sind viel gehörte Argumentationsanfänge, mit denen die "Traditionalisten" (Pfarrer usw.) die Zukunft gestalten wollen. Diese leider zu weitverbreitete Haltung ist eine der ganz persönlichen Herausforderungen dieser Zeit für jeden von uns. Wenn man alles so lässt, wie es ist, kann man keine Zukunft gestalten. Ohne Änderungen gestaltet man nichts, weil man alles unverändert lässt. Da sich aber das Umfeld ziemlich schnell ändert, braucht es zwangsläufig Änderungen.

Nötig sind folglich geistige Flexibilität und Visionsdenken. Traditionalismus und Nostalgie sind die gefährlichsten Gegner hinsichtlich der Gestaltung der Zukunft.

In der Medizin, an der so viele Hoffnungen hängen, haben wir den Traditionalismus längst abgelegt. Niemand möchte sich heute noch nach den Methoden um 1910 operieren lassen! Glasfaserkabel und Lasertechnik haben sich bestens etabliert, und niemand hätte daran gedacht, diese Entwicklung zu blockieren. Komischerweise scheint Fortschritt in der Wirtschaft oder überhaupt in der Wissenschaft besser möglich zu sein als in der Politik.

Ob dies nur an der (langwierigen) Konsensfindung oder an der geistigen Haltung liegt, sei hier offengelassen.

Es ist deshalb höchste Zeit, die Floskel "Man kann doch nicht..." und ähnliche aus dem politischen Vokabular zu streichen. Verantwortungsbewusste Politiker müssen fürs Neue, das heisst, für die Zukunft kämpfen. Für alles Alte, Abgestandene und nicht mehr Zeitgemässe muss man nicht mehr kämpfen oder es verteidigen, das haben in ihrer Zeit die älteren Generationen schon getan. Der Politiker von heute muss mit den Problemen von heute kämpfen und einstehen für Dinge, welche diese Probleme betreffen. Ob man dies mit veraltetem Instrumentarium und Argumenten schafft, ist mehr als fraglich.

In diesem Sinne glaubt der Initiant, ist es höchste Zeit, in Sachen Feiertagsregelung und Freizeitregelung eine Modernisierung durchzuführen.

Die beiden Aspekte schliessen sich nicht aus. Die Einteilung der Freizeit sowie deren Gestaltung sollte jedoch voll dem Bürger überlassen werden - der Bürger braucht keine Bevormundung.

Sind die Kirchen heute leer, ist dies ein Problem der Kirchen und nicht der Bürger, nicht des Gesetzgebers und nicht der Wirtschaft. Die Kirchen müssen bemüht sein, diesen Zustand zu ändern. Die Leute kann man nicht zwingen, eine religiöse Veranstaltung zu besuchen, auch nicht mit einem Gesetz. Ihnen deswegen (gesetzlich) während ihrer Freizeit alle anderen Aktivitäten zu verbieten oder zu verunmöglichen, ist nach Auffassung des Initianten seit Jahrzehnten überholt.

Wer dieses Vorhaben nicht unterstützen kann, wird sich wohl oder übel den gerechtfertigten Vorwurf gefallen lassen müssen, er wolle den Bürger hinsichtlich Religion und Freizeitgestaltung auch im 20. Jahrhundert noch bevormunden. Eine vergangenheitsorientierte Antwort dürfte heute wohl niemandem mehr genügen und kaum mehr Akzeptanz finden.

Aus wirtschaftlicher Sicht ist klar, dass eine solche Liberalisierung mehr Umsätze bringt. Mehr Umsätze bedeuten in der Regel am Ende der Konsumkette auch mehr Steuereinnahmen. Insofern dürfte aus dieser Sicht für Bund und Kantone die Frage aus Sicht der Finanzen keine Probleme aufwerfen.

Der Initiant ist daher der Meinung, dass mit wenig Mut hinsichtlich Zukunft eine Liberalisierung der Zeiten im Unterhaltungssektor auch der betroffenen Arbeiterschaft mehr Nutzen bringt, da diese Gruppe auf solche Tage und Wochenenden angewiesen ist (Beispiel: Gastgewerbe). Besonders diejenigen, die im Stundenlohn bezahlt werden, spüren den Lohnausfall.

Es dürften bei einer zeitlichen Liberalisierung im Unterhaltungssektor alle Parteien bessergestellt sein. Der Konsument, welcher in seiner Freizeitgestaltung grössere Auswahl erhält; die Ortschaften, weil je nach Angebot ihre Attraktivität (Tourismus) steigt; die Angestellten in diesem Sektor, weil die Verdienstmöglichkeiten verbessert werden; die Unternehmen, der Bund und die Kantone, weil sie an steigenden Umsätzen interessiert sind.

Zürich, den 19. August 1994

S. Bassola